

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach der Richtlinie zur Förderung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland

An das
**Bundesministerium für Verkehr und
digitale Infrastruktur**
- Breitbandförderung -

Invalidenstraße 44

10115 Berlin

**eAkte:
in Erstellung...**

Postalischer Eingang:

T T M M J J J J

Digital eingereicht:
TT.MM.JJJJ HH:mm

Antragsteller

Stadt		Amtlicher Gemeindeschlüssel	
Anschrift (Straße Hausnummer, PLZ Ort)			
Telefonnummer	Faxnummer	E-Mail-Adresse	

Bankverbindung

Kontoinhaber		Name des Bankinstituts	
IBAN		BIC	

Projektverantwortlicher

Name, Vorname		Position	
Anschrift (Straße Hausnummer, PLZ Ort)			
Telefonnummer	Faxnummer	E-Mail-Adresse	

Anlagen

Die folgenden Dateien wurden zur Antragstellung auf www.breitbandausschreibungen.de hochgeladen und digital eingereicht.

Ort, Datum, Unterschrift, Amtssiegel

Fördergegenstand

Gegenstand der Förderung soll die Zuwendung für Beratungsleistungen nach § 3 Artikel 3 der Richtlinie sein.

- Die Beratungsleistung soll zur Vorbereitung des Breitbandausbaus dienen.
- Die Beratungsleistung soll begleitend zu einem Breitbandausbauprojekt erfolgen.

Bitte legen Sie kurz den Bedarf für eine Beratung zu Ihrem Projekt dar.

--

Finanzierungsbedarf

Der Antragsteller ist gemäß § 15 UStG vorsteuerabzugsberechtigt.

nein

Hiermit beantragte Zuwendung

0,00 EUR

MUSTER

Ort, Datum, Unterschrift, Amtssiegel

Belehrung zum Subventionsbetrug

- 1 Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 des Strafgesetzbuches bekannt.
- 2 Ich/Wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass in Anlage B Ihres genannten Schreibens aufgeführten Tatsachen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind.
- 3 Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet sind, Ihnen unverzüglich alle Änderungen der in den Nummern 1-3 der Anlage B aufgeführten Tatsachen mitzuteilen.
- 4 Ich/Wir habe(n) von den besonderen Offenbarungspflichten gemäß § 3 Subventionsgesetz in Verbindung mit den Nummern 1-3 der Anlage B Kenntnis genommen.
- 5 Etwaige Änderungen bei den subventionserheblichen Tatsachen gegenüber den in meinen Antrag §WERT§eakte getätigten Angaben teile ich ihnen gleichzeitig mit diesem Schreiben mit. Im Übrigen bestätige ich, dass die in meinem Antrag getätigten Angaben weiterhin zutreffend sind.
- 6 Mir/uns ist bekannt, dass die im Zwischennachweis und im Verwendungsnachweis (zahlenmäßiger Nachweis sowie Sachbericht) aufgeführten Tatsachen, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind.

Ort, Datum, Unterschrift, Amtssiegel

Einwilligungserklärung in die Datenverarbeitung

- 1 Im Rahmen der Bundesförderung werden personenbezogene Daten nach § 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben.
- 2 Personenbezogene Daten werden nur insoweit erhoben, verarbeitet und genutzt, wie dies für die Antragstellung und Abwicklung im Rahmen der *Richtlinie zur Förderung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland* erforderlich ist.
- 3 Eine Übertragung von personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen der zur Antragstellung und Abwicklung an die, durch die Bewilligungsbehörde berechtigten Stellen. Die mit der Verarbeitung der personenbezogenen Daten betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jeweiligen Stellen sind nach § 5 BDSG auf das Datengeheimnis verpflichtet.
- 4 Alle in der zentralen Ausschreibungsplattform www.breitbandausschreibungen.de eingetragenen Daten können für Auswertungszwecke im Sinne gesetzlicher Vorgaben und Förderrichtlinien von der Europäischen Kommission, den Bundesministerien und -behörden, dem Breitbandbüro des Bundes sowie deren vor- und nachgelagerten Stellen und von dritten, die durch die Vorgenannten beauftragt sind, genutzt werden. Personenbezogene Daten werden gemäß den Punkten 1 bis 3 der Einwilligungserklärung in die Datenverarbeitung behandelt.
- 5 Ich erkläre, dass ich die obige Datenschutzerklärung gelesen habe und mit dieser einverstanden bin.

Ort, Datum, Unterschrift, Amtssiegel

Erklärungspflichten

Der Antragssteller erklärt:

1) dass er

- die „Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften“ gemäß Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift (VV) Nr. 5.1 zu § 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) (ANBest-GK),
- die „Besonderen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zu Beratungsleistungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften“ (BNBest Beratung)
- die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung (NGA-Rahmenregelung)

gelesen hat und beachten wird.

2) dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde,

3) dass ihm bekannt ist, dass

- a) jede Abweichung von den Antragsangaben der Bewilligungsbehörde unverzüglich schriftlich mitzuteilen ist;
- b) die Bewilligungsbehörde entsprechend § 36 Abs.2 Nrn.3 und 5 VwVfG über einen Vorbehalt im Förderbescheid die Förderung widerrufen kann und/oder nachträglich Auflagen erteilen, ändern oder ergänzen kann;
- c) von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen (auch rückwirkend) angefordert werden können, die zur Beurteilung erforderliche Angaben enthalten;
- d) alle Antragsunterlagen, Aufzeichnungen, Belege, Bücher oder Karten müssen mindestens bis zu einem Jahr nach Anlauf der Zweckbindungsfrist aufbewahrt werden, soweit nicht nach anderen Bestimmungen/Förderbescheid eine längere Aufbewahrungsfrist vorgesehen ist.

4) Ich/wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne/n die dargelegten Verpflichtungen, Erklärungen, Einwilligungen und Hinweise für mich/uns als verbindlich an.

Ort, Datum, Unterschrift, Amtssiegel

Antrag auf Gewährung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns zum Fördermittelantrag §WERT§eakte

In Ergänzung des Antrags §WERT§eakte auf Förderung aus Bundesmitteln gemäß der Richtlinie „Förderung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22. Oktober 2015 wird die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn beantragt.

Dem Antragssteller ist bekannt, dass aus einer Zustimmung des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur kein Anspruch auf Förderung erwächst und ein vorzeitiger Maßnahmebeginn auf eigenes Risiko des Antragsstellers erfolgt.

Aus folgenden Gründen ist ein vorzeitiger Maßnahmebeginn erforderlich:

Der Antragssteller versichert, dass mit der Umsetzung des im Antrag auf Förderung beschriebenen Vorhabens erst begonnen wird, wenn die Zustimmung des BMVI in schriftlicher Form vorliegt.

MUSTER

Ort, Datum, Unterschrift, Amtssiegel